

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAQISTRAT DER STADT WIEN, MAQISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 20. Mai 1960

Blatt 881

Geehrte Redaktion!

=====

Wir laden Sie zu einer Pressekonferenz ein, die Freitag, den 27. Mai, im Wiener Rathaus stattfindet. Vizebürgermeister Hans Mandl spricht über das

Schulbauprogramm der Stadt Wien.

Im weiteren Verlauf dieser Pressekonferenz wird Vizebürgermeister Mandl die Journalisten über Echte Begabtenförderung durch Stipendien der Gemeinde Wien informieren.

Treffpunkt: Freitag, 27. Mai, 11 Uhr, Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses.

Sie sind herzlich eingeladen, einen Vertreter Ihrer Redaktion zu entsenden.

+

Wir erinnern daran, daß am darauffolgenden Tag, also am Samstag, dem 28. Mai, um 11 Uhr, in der Secession eine Pressekonferenz mit dem Intendanten der Wiener Festwochen, Sektionschef Dr. Egon Hilbert, über die Ausstellung "Gustav Mahler und seine Zeit" stattfindet.

Ausstellung in der Haushaltungsschule Dörfelstraße
=====

20. Mai (RK) Die Schülerinnen der Haushaltungsschule, der Fachschule für Großküchenbetriebe, der Vorschule für soziale Frauenberufe und der dreijährigen Hauswirtschaftsschule an der Städtischen Lehranstalt für hauswirtschaftliche Frauenberufe, 12, Dörfelstraße 1, laden zur Besichtigung ihrer Arbeiten ein. Besuchszeiten: Dienstag, den 24. Mai, bis einschließlich Donnerstag, den 26. Mai, von 9 bis 12 Uhr und von 14 bis 17 Uhr; täglich anschließend um 17.15 Uhr Schülervorführungen.

- - -

Gesperrt bis 18 Uhr!

1,1 Millionen Schilling für das Wiener Kunstleben
=====

7. Verleihung von Förderungsbeiträgen durch den "Wiener Kunstfonds"

20. Mai (RK) Der von der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien vor drei Jahren errichtete "Wiener Kunstfonds" hat heute abend im Rahmen einer Festveranstaltung im Festsaal des Palais Auersperg die 7. Verleihung von Förderungsbeiträgen an Wiener Künstler vorgenommen.

In der Festansprache führte Generaldirektor Dr. Josef Neubauer namens der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien aus, daß die Zentralsparkasse im Rahmen ihres gemeinnützigen Wirkens anlässlich ihres 50-jährigen Bestandsjubiläums den "Wiener Kunstfonds" errichtet und mit einer halben Million Schilling ausgestattet habe. Als gemeinnütziges Institut sei es Aufgabe der Zentralsparkasse, jenen Teil des Reingewinnes, der nicht zur Stärkung der Reserven diene, kulturellen und humanitären Zwecken zuzuführen. Dieser Dotation folgte im Jahre 1958 eine weitere in der gleichen Höhe. Auf Grund eines Beschlusses des Verwaltungsausschusses könne er mitteilen, daß der "Wiener Kunstfonds" von der Zentralsparkasse neuerlich mit einer halben Million Schilling dotiert wurde, sodaß diesem bisher insgesamt 1,5 Millionen Schilling zugeflossen sind. Durch die Schaffung des "Wiener Kunstfonds" habe die Zentralsparkasse ein Beispiel modernen Mäzenatentums gesetzt und hoffe, damit auch einen beachtlichen Beitrag zur Erhaltung des Rufes unserer Vaterstadt als Musik- und Kunststadt geleistet zu haben. Die Zentralsparkasse habe aber nicht bei dieser Leistung allein Halt gemacht, sondern noch eine Reihe von anderen ähnlichen großzügigen Leistungen in Vorbereitung, über die zu gegebener Zeit berichtet werden wird. Die Förderung durch den "Wiener Kunstfonds" solle es Wiener Künstlern ermöglichen, sich durchzusetzen und kulturell und künstlerisch Wertvolles für unsere Stadt Wien zu leisten.

Die Verleihungsdiplome überreichte Vizebürgermeister Mandl.

Er führte aus: "Die 7. Verleihung der Förderungsbeiträge aus dem Wiener Kunstfonds der Zentralsparkasse der Gemeinde

./.

Wien findet in einem Rahmen statt, der die Beziehung zur Kunst betonen soll. In diesem prächtigen und stimmungsvollen Barockpalais findet die Gegenwart den gleichen würdigen Platz für ihre Feste und Feiern wie die Vergangenheit. Wie anders ist jedoch diese Gegenwart geworden! Wir leben in einer Welt und Zeit, in der die Grundelemente des unmittelbaren Daseins eingeengt oder verfälscht werden: Schlaf und Spiel, Geselligkeit und Sitte, das Leben der Sinne, Sprache und Kunst. Nicht nur die Fülle der äußeren Reize und unverbindlichen Möglichkeiten, die den Menschen unserer Tage angeboten werden, vermögen ihn von sich selbst abzulenken, sondern auch die Pflichten, die ihm auferlegt sind. Gerade der Bereich der Muse aber, als dem Inbegriff eines unmittelbaren Daseinsgefühles ist geeignet, den Menschen zu befähigen, den übergroßen Versuchungen der Zeit gegenüber Widerstandskraft und Einsicht zu bieten. Es hat den Anschein, als wären tieferliegende Bereiche der menschlichen Persönlichkeit von den an der Oberfläche wirkenden unerhörten wechselnden Eindrücken der technischen und gesellschaftlichen Entwicklung gar nicht berücksichtigt worden, als hätte gar keine geistige Umwertung der Lebensveränderung in den letzten 100 Jahren stattgefunden.

In einer immer künstlicher werdenden Welt sind die Sinne des Menschen, die sich noch in der vorindustriellen Epoche durch natürlichen Gebrauch und ständige Übung entfalteteten, in der Gefahr, zu verkümmern. Damit aber sind nicht nur die biologischen Fähigkeiten gefährdet, sondern auch die Kräfte, geistig wahrzunehmen, konkret zu erkennen und zu begreifen. Wenn das Verhältnis zum Sichtbaren, zum Hörbaren und Greifbaren verarmt, geht aber auch der Sinn für das Unsichtbare, das Unhörbare und Ungreifbare verloren und Symbole kommen um ihre Kraft. Der Geschmack einer Epoche ist immer ein Kennzeichen ihrer Sicherheit und ihrer produktiven Kraft gewesen. Bemühungen wie die des Werkbundes, dem Menschen die Sicherheit des Geschmacks zurückzugeben, die er im industriellen Zeitalter zu verlieren droht, können wir heute besser verstehen denn je. Dichtkunst, Musik und bildende Kunst gehören aber vor allem zu den schon genannten Begriffen eines unmittelbaren Daseinserlebnisses. Auch sie unterliegen in der Gegenwart einer Fülle von Einflüssen und Verände-

rungen ihrer Voraussetzungen. So kann Dichtung heute nicht mehr allein erbauen wollen oder maralistisch verstanden werden. Sie wird vielmehr als verdichtete Erfindung, Erfahrung und Wahrheit, als Darstellung menschlichen Daseins, als Beschwörung ursprünglicher und zukünftiger Größe und Reinheit von jenem Menschen empfangen werden, der sich zum Menschen bilden will. Die Maßstäbe, die im Umgang mit der großen Dichtung der Vergangenheit - große Dichtung ist zeitlos und aktuell zugleich - gewonnen werden können, sind unentbehrlich für die Auseinandersetzung mit dem Wirken der Gegenwart, deren Rang und Geltung noch nicht erwiesen sind und wo auch der Versuch noch Sinn hat. Auch für die Musik läßt sich ähnliches sagen. Denn seit den Schöpfungen von Schönberg, Webern und Alban Berg ist es zu einer Kluft zwischen einer technisch ungemein komplizierten, experimentierenden Musik und dem Fassungsvermögen und dem Bedürfnis vieler gekommen, denen diese Musik heute noch nicht verschlossen ist. Im Bereich der bildenden Kunst stellen sich angesichts der gegenstandslosen Malerei ähnliche Schwierigkeiten ein. Auch hier ist die Forderung zu erheben, daß die Erziehung in Schule und Volksbildung Wege aufzeigen muß, die zu einem Verständnis und zu einer echten Beziehung zur Sprache der Kunst unserer Zeit führen sollen. Wer aber keine Berührung zu dieser Aussage findet, wird kaum in seiner Epoche zuhause sein können. Jedes Kunstwerk ist eine Herausforderung für den Menschen, er bildet sich an ihm, indem er ihm begegnet, im standhält und sich mit ihm auseinandersetzt. Schon Hölderlin sagt: "Jede Kunst erfordert ein ganzes Menschenleben." Und dies gilt für den Künstler in seinem Schöpfungswillen ebenso wie für den Menschen in seinem Lebensverlauf.

In dieser besonderen Situation hat der mutige Schritt der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien, wirklich großzügig finanzielle Mittel zur Förderung von Wiener Künstlern zu widmen, eine vorbildliche und wirkungsvolle Erleichterung gebracht. In drei Dotierungen hat der Verwaltungsausschuß der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien bisher insgesamt 1,5 Millionen Schilling dem Wiener Kunstfonds zugeführt und aus ihm erhielten bis heute insgesamt 138 Wiener Künstler rund 1,1 Millionen Schilling Förderungsbeiträge. Allein schon zahlenmäßig zeigt diese Gegen-

überstellung das Ausmaß der gebotenen Förderung an, deren Voraussetzung eine außerordentliche Begabung ebenso ist wie eine wirtschaftliche und soziale Schwierigkeit. Wenn vor einigen Tagen, zu Unrecht von der Öffentlichkeit beinahe übersehen, die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien eine weitere gemeinnützige Aktion ins Leben gerufen hat, nämlich einen "Dr. Adolf Schärf-Stipendienfonds" mit einem Grundkapital von einer Million Schilling, so hat sich damit zur Kunst die Wissenschaft gesellt, und beiden wird nun von dieser wichtigen Stelle der Wirtschaft aus echte Förderung in völliger Freiheit zuteil. Schon bisher hat die Zentralsparkasse jährlich bedeutende Beträge in aller Stille Wiener Gelehrten zugewendet, die ein besonderes wissenschaftliches Vorhaben nicht ohne die Hilfe der Öffentlichkeit durchführen konnten. In einem sinnvollen Zusammenwirken der Kräfte der öffentlichen Einrichtungen und der Wirtschaft müßte es gelingen, Kunst, Wissenschaft und Volksbildung in unserer Stadt jene Mittel bereit zu stellen, die sie zur vollen Entfaltung ihrer Bestrebungen und zur Erfüllung der ihnen gestellten, vielfach gemeinnützigen Aufgaben brauchen. Wiener Künstler, die aus dem Förderungsfonds Beiträge erhalten haben, wirken bei der Gestaltung der künstlerischen Umrahmung mit und bieten damit eindrucksvolle Proben ihrer Begabung. Aber auch von vielen anderen Stipendiaten erhält der Kunstfonds erfreuliche Nachrichten. So hat Maria Perschy in ihrer Filmarbeit große Erfolge, Sonja Brustmann-Marell wird nach großen Erfolgen in Deutschland in der nächsten Saison im Wiener Volkstheater spielen, Inge Richter hat im österreichischen Fernsehen, im Theater in der Josefstadt und ab kommender Saison am Landestheater in Linz einen Tätigkeitsbereich gefunden, der ihrer Begabung große Möglichkeiten bietet. Karl Kelle-Riedl und Margot Philipp haben an Wiener Kellerbühnen eindrucksvollste Erfolge. Diese Hinweise ließen sich auch auf den Gebieten der bildenden Kunst, der Literatur und der Musik noch weiter fortführen.

Wenn zur Umrahmung der heutigen Feier Instrumentalwerke von Johann Joseph Fux ausgewählt wurden, so war dafür nicht nur der Umstand bestimmend, daß sich der Geburtstag dieses wahrhaft großen Barockmeisters heuer zum 300. Male jährte und daß dieser

Anlaß in unserem öffentlichen Konzertleben leider ziemlich wenig beachtet wurde. Darüber hinaus scheint gerade dieser durchaus österreichische Künstler vorzüglich geeignet, durch das leuchtende Beispiel seines Lebens und Schaffens allen, die einem künstlerischen Berufe zustreben, ein nachahmenswertes Vorbild zu sein. Eiserner Fleiß war es, der den armen Bauernsohn von seinem entlegenen oststeirischen Heimatdorf bis zur höchsten musikalischen Würde des Wiener Kaiserhofes, zum Hofkomponisten und Hofkapellmeister emporführte, und das in einer Epoche, in der das gesamte österreichische Musikwesen unbestrittene Domäne der Italiener war. Von frühester Jugend an war dabei, wie Fux in der Vorrede seines berühmten Lehrwerks "Gradus ad Parnassum" bekennt, all sein "Sinnen und Trachten auf die Musik" gerichtet "und auch jetzt", so schreibt der Fünfundsechzigjährige mit jugendlichem Feuer, "bin ich von einer beinahe wunderbaren Begierde, sie zu erlernen, durchglüht". - Setzen Sie, meine Freunde, in diesem Bekenntnis an die Stelle des Wortes "Musik" jene Kunstsparte, der Sie sich zugehörig fühlen, dann besitzen Sie die goldene Lebensregel, die zum wahren Erfolg des Künstlers unerlässlich ist. Und soferne Sie diese Regel mit Fleiß und nie erlahmender Begeisterung befolgen, werden auch Sie auf jeder Stufe des mühseligen Weges zur Höhe des Parnass wie Fux von sich sagen können, daß Sie "an der Wahrheit Ihres Berufes" - Ihrer Berufung! - "durchaus keinen Grund zu zweifeln haben."

Nehmen Sie nun die Urkunden entgegen, in denen Sie das Ausmaß und die Art des Förderungsbeitrages festgehalten finden, mit den besten Wünschen der Stadt Wien und der Zentralsparkasse entgegen!"

Die Festveranstaltung wurde durch künstlerische Darbietungen, die Werken von Hugo Wolf und Johann Joseph Fux entnommen waren, umrahmt. Die Ausführenden der Darbietungen waren Stipendiaten des Wiener Kunstfonds. (Marie Therese Escribano, Wolfgang Reinbacher, Paul Guggenberger, Heinz Grünberg, Prof. Walter Koch, Victor Sokolowski und Otto M. Zykan).

Die Ausgezeichneten

Insgesamt wurde bisher an 138 Wiener Künstler ein Betrag von 1.100.893,35 Schilling zur Ausschüttung gebracht. Bei der 7. Verleihung erhielten 24 Wiener Künstler Förderungsbeiträge über insgesamt 188.000 Schilling. Es sind dies:

Anton Krejcar, geboren am 16. Mai 1923, akad. Maler, erhält ein Stipendium in der Höhe von 800 Schilling monatlich auf die Dauer eines Jahres, das sind 9.600 Schilling, zuerkannt.

Prof. Oskar Schmal, geboren am 15. Jänner 1904, akad. Maler, erhält ein Stipendium in der Höhe von 800 Schilling monatlich auf die Dauer eines Jahres, das sind 9.600 Schilling, verliehen.

Maria Szeni, geboren am 18. September 1914, ist Mitglied der Wiener Secession. Ihr wurde ein Stipendium in der Höhe von 800 Schilling monatlich auf die Dauer eines Jahres, das sind 9.600 Schilling, zugesprochen.

Hilde Uray, geboren am 2. Oktober 1904, akad. Bildhauerin, bekommt ein Stipendium in der Höhe von 800 Schilling monatlich auf die Dauer eines Jahres, das sind 9.600 Schilling, zugesprochen.

Prof. Otto Beckmann, geboren am 5. Mai 1908, akad. Maler, erhält einen einmaligen Förderungsbeitrag in der Höhe von 9.000 Schilling.

Rudolf Kedl, geboren am 16. April 1928, Bildhauer, erhält einen einmaligen Förderungsbeitrag in der Höhe von 8.000 Schilling.

Elisabeth Eisler, geboren am 15. Mai 1920, Malerin, bekommt einen einmaligen Förderungsbeitrag in der Höhe von 5.000 Schilling.

Heribert Potuznik, geboren am 26. Dezember 1910, akad. Maler, gewährte der Wiener Kunstfonds einen einmaligen Förderungsbeitrag in der Höhe von 5.000 Schilling.

Georg Rauch, geboren am 14. Februar 1924, Maler und Graphiker, wurde vom Wiener Kunstfonds ein einmaliger Förderungsbeitrag in der Höhe von 5.000 Schilling zugesprochen.

Harald Papalecca, geboren am 1. Mai 1943, studiert am Konservatorium der Stadt Wien. Ihm wurde vom Wiener Kunstfonds ein Förderungsbeitrag in Form eines Stipendiums in der Höhe von 800 Schilling monatlich auf die Dauer eines Jahres, das sind 9.600 Schilling, verliehen.

Ing. Kurt Ruhnau, geboren am 21. Juli 1923, ist zu 90 Prozent Kriegsinvalide. Er beschäftigt sich derzeit mit der Herstellung von Notendruckunterlagen. Ihm wird ein einmaliger Förderungsbeitrag in der Höhe von 9.000 Schilling zuerkannt.

Helmut Schenkel-Brunner, geboren am 23. August 1941, studiert an der Musikschule der Stadt Wien. Ihm wird ein einmaliger Förderungsbeitrag in der Höhe von 6.000 Schilling zugesprochen.

Hans Wolfgang Weihls, geboren am 8. Jänner 1944, studierte an der Akademie für Musik, Hauptfach Violine, Nebenfach Klavier. Ihm wird ein einmaliger Förderungsbeitrag in der Höhe von 6.000 Schilling gewährt.

Margarete Hofmann, geboren am 29. Oktober 1938, besucht das Konservatorium der Stadt Wien, Seminar für Kindersingeschullehrer. Zur Erleichterung ihres Studiums wird ihr vom Wiener Kunstfonds ein einmaliger Förderungsbeitrag in der Höhe von 5.000 Schilling verliehen.

Dietlind Macher, geboren am 15. Juni 1939, studiert an der Akademie für Musik und darstellende Kunst. Sie erhält ein Stipendium in der Höhe von 800 Schilling monatlich auf die Dauer eines Jahres, das sind 9.600 Schilling.

Klaus Peter Schenkel, geboren am 8. Dezember 1935, studiert am Max Reinhardt-Seminar Schauspiel. Er bekommt ein Stipendium in der Höhe von 800 Schilling monatlich auf die Dauer eines Jahres, das sind 9.600 Schilling, zuerkannt.

Diethelm Stix, geboren am 4. Juni 1940, ist Schüler an der Schauspielschule Prof. Krauss. Er erhält ein Stipendium in der Höhe von 800 Schilling monatlich auf die Dauer eines Jahres, das sind 9.600 Schilling.

Brigitte Ratz-Marothy, geboren am 19. Juli 1929, war Schülerin des Max Reinhardt-Seminars. Ihr wird vom Wiener

Kunstfonds ein einmaliger Förderungsbeitrag in der Höhe von 9.000 Schilling zuerkannt.

Ellinor Wachsmuth-Tordis, geboren am 21. Dezember 1895, war Solotänzerin. Ihr wird ein einmaliger Förderungsbeitrag in der Höhe von 9.000 Schilling verliehen.

Hans Lebert, geboren am 9. Jänner 1919, ist ein hochbegabter Erzähler. Ihm wird ein Förderungsbeitrag in Form eines Stipendiums in der Höhe von 800 Schilling monatlich auf die Dauer eines Jahres, das sind 9.600 Schilling, verliehen.

Ida Thomas, geboren am 25. Juli 1908, ist wegen eines unheilbaren Leidens dauernd erwerbsunfähig. Sie ist eine gezielte Lyrikerin. Ihr gewährt der Wiener Kunstfonds einen Förderungsbeitrag in Form eines Stipendiums in der Höhe von 800 Schilling monatlich auf die Dauer eines Jahres, das sind 9.600 Schilling.

Edith Siegl, geboren am 21. April 1895, ist eine ausgezeichnete Lyrikerin. Ihr wird vom Wiener Kunstfonds ein einmaliger Förderungsbeitrag in der Höhe von 6.000 Schilling zugesprochen.

Robert Josef Koc, geboren am 11. April 1914, ist ein guter und empfindsamer Lyriker. Ihm wird ein einmaliger Förderungsbeitrag in der Höhe von 5.000 Schilling verliehen.

Ernst Wurm, geboren am 30. Juni 1906, trat besonders als gekonnter Erzähler hervor. Ihm wird vom Wiener Kunstfonds ein einmaliger Förderungsbeitrag in der Höhe von 5.000 Schilling zuerkannt.

- - -

Bei normalem Zufluß Wasserschwierigkeit in Wien
=====

Hoher Verbrauch wie noch nie - Sparmaßnahmen vorbereitet

20. Mai (RK) Der Wasserverbrauch in Wien hat in den letzten Tagen eine bisher nie dagewesene Höhe erreicht. Es konnte errechnet werden, daß gestern in manchen Gebieten die vierfache Menge eines Normaltages verbraucht worden ist. Obwohl die Zuflüsse aus den Hochquellenleitungen normal sind und auch der Großwasserspeicher in Neusiedl am Steinfeld noch Reserven enthält, ist der Wasserspiegel im Wiener Netz so gesunken, daß höher gelegene Teile Wiens heute früh ohne Wasser waren oder unter nur geringem Druck standen. Schon in den Frühnachrichten von Radio Wien wurde die Bevölkerung dringend ersucht mit Wasser zu sparen. Nur durch vernünftigen Verbrauch kann die Lage wieder normalisiert werden. Die Wasserwerke bitten dringend, den Wasserverbrauch auf das normale Maß zu senken, damit einschneidende Einschränkungen unterbleiben können.

- - -

25.000 moderne Badezimmer und Waschgelegenheiten finanziert
=====

Großer Erfolg der Gasgemeinschaft

20. Mai (RK) 25.000 Badezimmer- und Waschtischanlagen haben die Wiener Stadtwerke-Gaswerke bis jetzt im Wege der Gasgemeinschaft finanziert. Darüber hinausgehend wurden auch 150.000 Gasgeräte, wie Gasherde, Gasöfen, Warmwasserbereiter und dergleichen bezogen und 18.000 Haus- und Wohnungsleitungen gegen bequeme Teilzahlungen installiert. Die dazu aufgewendete Kreditsumme beläuft sich für die Badezimmeraktion auf 136 Millionen Schilling und für die Geräte- und Leitungsaktion auf 280 Millionen Schilling. Die den Gasabnehmern gewährten Kredite für die Geräteaktion sind zinsfrei, lediglich für die Badezimmeraktion wird für den 7.000 Schilling übersteigenden Betrag ein kleiner Zinsenbeitrag eingehoben.

- - -

Sitzung des Wiener Landtages
=====

20. Mai (RK) Der Wiener Landtag trat heute um 11 Uhr vormittags unter dem Vorsitz seines Präsidenten Marek zusammen. Von den Abgeordneten der FPÖ lag eine Anfrage betreffend die Beschränkung des Parkverbots auf Schienenstraßen vor.

17. Novelle zum Dienstrecht der Stadt Wien

Auf der Tagesordnung stand als einziger Punkt die 17. Novelle zum Dienstrecht der Beamten der Stadt Wien.

Berichterstatter Stadtrat Sigmund (SPÖ) erläuterte die Vorlage. Die Bundesbeamten erhalten den 13. und 14. Monatsbezug viermal im Jahr zu je einem halben Gehaltsbezug angewiesen; die städtischen Beamten erhalten je einen ganzen Monatsbezug am 1. Juni und am 1. Dezember. Um die Gemeindebeamten den Bundesbeamten steuerrechtliche gleichzustellen, werden die 13. und 14. Monatsbezüge bei der Gemeinde nunmehr ebenfalls viermal jährlich fällig, die tatsächliche Auszahlung erfolgt jedoch weiterhin zweimal in der Höhe je eines Monatsbezuges, nämlich am 1. Juni und am 1. Dezember.

Eine zweite Änderung des Dienstrechtes betrifft die neue Lehrer-Dienstzweigeverordnung des Bundes. Diese zwingt die Stadt Wien, an ihren Lehranstalten für Frauenberufe auch Lehrkräfte mit der Lehrbefähigung für Mittelschulen anzustellen. Es ist daher notwendig, für diese Beamtensategorien ein neues Gehaltsschema zu erlassen.

Die Novelle wird mit 1. Mai 1960 wirksam.

Der Gesetzentwurf wurde ohne Debatte in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Die Sitzung des Landtages wurde hierauf nach 15 Minuten Dauer geschlossen.

- - -

Sitzung des Wiener Gemeinderates

=====

20. Mai (RK) Der Gemeinderat der Stadt Wien trat im Anschluß an die Sitzung des Landtages unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Jonas zusammen.

Anfragen haben eingebracht Gemeinderäte der KLS fünf, Gemeinderäte der FPÖ eine und Gemeinderäte der ÖVP drei.

Der Bürgermeister verlas hierauf einen Brief, den er von Bundespräsident Dr. Schärf erhielt, in dem der Bundespräsident für die Glückwünsche des Wiener Gemeinderates und der Wiener Bevölkerung anläßlich der Festsitzung des Wiener Stadtparlaments zum 70. Geburtstag des Staatsoberhauptes dankte. (Allgemeiner Beifall.)

13 Anträge, die in der heutigen Gemeinderatssitzung eingebracht wurden, wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen. Es sind dies ein Antrag der FPÖ auf Abhaltung einer Feier zum Gedenken an den Dichter Josef Weinheber, fünf Anträge der KLS, betreffend die Lärmbekämpfung, Sicherung der Witwenversorgung in Sonderfällen, Schaffung von Bezirksstellen für Anregungen und Beschwerden der Bevölkerung, Erhöhung des Handgeldes für die Befürsorgten in den städtischen Altersheimen und Vorkehrungen für den Fußgeherschutzz auf der neuen Autostraße am Hochwasserschutzdamm in Kaisermühlen sowie sieben Anträge der ÖVP, betreffend Bericht über die Empfehlungen der Straßenenquete 1955, den Verkauf von Grundstücken auf dem Ringelseeplatz im 21. Bezirk, die Öffnung der Kinderfreibäder am Samstagnachmittag, den Verkauf von Wochenkarten usw. für die Wiener Straßenbahn in Tabaktrafiken, Erhöhung der Diplomzulage für Krankenschwestern, die dienstrechtliche Regelung für ausgebildete Abteilungsärzte und betreffend eine Subvention für das "Institut für Jugendkunde".

Von den 64 Punkten der Tagesordnung wurden 57 ohne Bericht-erstattung und Debatte angenommen.

Sorgen mit dem Wasser

Bürgermeister Jonas teilte mit, daß sich Stadtrat Koci (SPÖ) zu Wort gemeldet habe, um den Wiener Gemeinderat über die Lage der Wasserversorgung zu informieren. Der Stadtrat führte aus, daß der sprunghaft gestiegene Wasserverbrauch in den letzten Tagen in unserer Stadt dazu geführt hat, daß heute morgen in höher gelegenen Gebieten die Wasserversorgung Schwierigkeiten machte oder das Wasser sogar ausblieb.

./.

Dazu sei festzustellen, daß die Wasserversorgung Wiens nur dann gewährleistet werden kann, wenn die Wiener Bevölkerung auch ein wenig Verständnis aufbringt. Die Zuflüsse aus dem Quellgebiet sind bis jetzt glücklicherweise normal. Doch ist der Verbrauch größer, als die Versorgungsmöglichkeiten. Wenn die Wiener nicht aus eigenem sparen und wenigstens den überflüssigen Wasserverbrauch einstellen, dann muß die Gemeinde Wien eine Verordnung mit strengsten Sparmaßnahmen herausgeben. Die 25 Behälter im Gebiet unserer Stadt fassen 500.000 Kubikmeter. Wenn aber der Wasserverbrauch seit Tagen mehr als 500.000 Kubikmeter beträgt, dann kann der Zufluß nicht mehr dem Verbrauch nachkommen.

Subvention für das St. Anna-Kinderspital

Stadtrat Glaserer (SPÖ) referierte dann über einen Antrag, dem St. Anna-Kinderspital für das Jahr 1960 eine Subvention von 500.000 Schilling zur teilweisen Deckung des Gebarungsabganges zu gewähren. Das Spital, das seit der Einstellung der Subventionen durch das Deutsche Rote Kreuz ständig mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, erhielt bereits 1958 und 1959 von der Gemeinde Wien Subventionen in der Höhe von 300.000 bzw. 350.000 Schilling.

GR. Dr. Eberle (ÖVP) begrüßte den Antrag, machte aber darauf aufmerksam, daß nicht nur dieses Spital in finanziellen Schwierigkeiten ist, sondern alle privaten Krankenanstalten in Wien. Dabei leisten diese Anstalten einen wertvollen Beitrag. Von 20.000 Krankbetten in unserer Stadt entfallen ein Viertel auf die Privatanstalten. Der Redner stellte den Antrag, jährlich auch die privaten Anstalten durch eine Subvention zu unterstützen, wobei bei der Verteilung die Bettenzahl und die medizinische sowie die pflegerische Führung berücksichtigt werden solle.

In seinem Schlußwort erklärt Stadtrat Glaserer, daß dieser Antrag einer gründlichen Prüfung bedürfe. Er unterstütze jedoch die Zuweisung des Antrages an den Finanzausschuß.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten einstimmig angenommen, der Antrag der ÖVP dem Finanzausschuß zur Behandlung zugewiesen.

60 Millionen für neues Berufsschulgebäude

Vizebürgermeister Mandl (SPÖ) referierte über die Errichtung eines 3. Zentralberufsschulgebäudes im 12. Bezirk an der Malfattigasse. Er unterbreitete dem Gemeinderat den Antrag, die Errichtung grundsätzlich zu beschließen und die Stadtbauamtsdirektion zu ermächtigen, die zur Beschaffung der Baupläne und zur Freimachung der Grundstücke erforderlichen Maßnahmen unverzüglich einzuleiten und durchzuführen.

Vizebürgermeister Mandl wies darauf hin, daß in Wien durch das große Schulneubauprogramm und die umfangreichen Renovierungsarbeiten die Schwierigkeiten auf dem Sektor der Pflichtschulen überwunden sind. Man sei daher nun in der Lage, sich mehr den Berufsschulen zu widmen. Hier bestehe noch eine große Raumnot; viele Schulen sind unzulänglich untergebracht. Unsere wirtschaftliche Zukunft ist aber auf dem Kleingewerbe aufgebaut. Es hängt von der Qualität der Arbeiter ab, ob wir uns in Zukunft in der europäischen Wirtschaft und in der Weltwirtschaft behaupten können. Daher ist es notwendig, das Beste zu geben, um unseren Kindern eine gediegene Ausbildung zuteil werden zu lassen.

Der Vizebürgermeister vermerkte auch, daß es sich hier um den größten Schulbau der Stadt Wien seit 1945 handeln werde. In dem Berufsschulgebäude, dessen Baukosten auf 60 Millionen Schilling geschätzt werden, sollen 1.000 Schüler in 22 Klassen, 32 Werkstätten und 22 Nebenräumen ihre Ausbildung erhalten.

GR. Lauscher (KLS) begrüßt die Errichtung des 3. Zentralberufsschulgebäudes und stellt fest, daß damit eine wiederholt erhobene Forderung seiner Fraktion erfüllt werde. Die derzeitigen Verhältnisse in den Berufsschulen entsprechen in keiner Weise den Anforderungen unserer Zeit. Gerade heute komme aber der Heranbildung eines Facharbeiternachwuchses große Bedeutung zu. Man müsse bei der Erstellung der Pläne die Wünsche und Ratschläge der Fachkräfte und der Berufsschullehrer entsprechend berücksichtigen. Im übrigen stimme seine Fraktion dem Antrag freudig zu.

GR. Pfoch (SPÖ) kommt in seinen Ausführungen auf jene Zeit zu sprechen, in der die berufsschulmäßige Ausbildung der Jugend noch an den Sonntagen erfolgte. Erst 1907 wurde der Sonntagsunterricht auf zwei Stunden herabgesetzt und der Schulunterricht wochen-

tags in den Abendstunden durchgeführt. Durch einen großen Streik der Lehrlinge im Jahre 1919 wurde dann die Abschaffung des Sonntagsunterrichtes an den Berufsschulen erreicht. Der Redner verweist auch darauf, daß die Berufsschule in der Mollardgasse vor 52 Jahren und die Berufsschule in der Hütteldorfer Straße vor 35 Jahren errichtet wurde. Auch von den Bomben sind die Berufsschulen nicht verschont geblieben. Es sei erfreulich, daß nun ein drittes Zentralberufsschulgebäude errichtet werde. Gerade die Konjunktur verlangt den gut ausgebildeten Facharbeiter. Zur guten Ausbildung gehört aber neben der Meisterlehre auch die Berufsschule. Die beiden Lehrlingsbüchereien wurden in letzter Zeit von der Städtischen Bücherei übernommen und sind mustergültig eingerichtet. 45 Prozent der dort entliehenen Bücher sind Fachliteratur.

Der Redner kommt sodann auf die segensreiche Tätigkeit der Schulgemeinde zu sprechen. Hier wird die Jugend einer sinnvollen Freizeitgestaltung zugeführt. Die Berufsschulen haben in den letzten Jahren 1 1/2 Millionen Schilling gesammelt und damit ein Forschungsmikroskop für die Krebsbekämpfung gekauft, ferner ein Sanitätsauto. Sie haben bei der Installierung einer Radioanlage im Altersheim Lainz geholfen und am Nußberg ein Bad für Körperbehinderte errichtet. Dieses Wirken der Schulgemeinde muß entsprechend anerkannt werden.

Vizebürgermeister Mandl dankt in seinem Schlußwort den beiden Debatteredner für die Unterstützung, die sie seinem Antrag gegeben haben. Besonders die Ausführungen des GR. Pfoch über die Leistungen unserer Jugend könne man nur unterstreichen. Es werde in den Zeitungen meistens nur dann über die Jugend geschrieben, wenn es etwas Negatives ist. Es gibt aber eine Jugend, die sehr gerne bereit ist in der und für die Gemeinschaft zu arbeiten. Die Ausführungen des GR. Lauscher, daß auf dem Gebiete des Berufsschulwesens noch viel zu tun sei, könne man unterstreichen. Eine endgültige Lösung werde hier aber wahrscheinlich erst nach der Errichtung eines 4. Berufsschulgebäudes, und zwar für die kaufmännischen Berufe, erreicht werden. Eine Planung sei jedoch deshalb so schwer, weil die Schülerzahl in den Berufsschulen außerordentlich variiert.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Die neuen Bezüge der Gemeinderäte

Über die Neuregelung der Gebühren der Gemeindefunktionäre berichtete Stadtrat Sigmund (SPÖ). Die Gebühren der Funktionäre der Stadt Wien wurden im Jahre 1946 in einem bestimmten Verhältnis zu den Aufwandsentschädigungen und Amtseinkommen der Mitglieder des Nationalrates und der Bundesregierung festgesetzt. In der Folge wurden im Jahre 1956 die Bezüge der Funktionäre des Bundes neu geregelt. Diese Neufassung hatte insbesondere vorgeesehen, daß das im Dezember 1954 geschaffene Büropauschale für die Mitglieder des Nationalrates in die **Entschädigung** einbezogen wurde. Bis zum 31. Jänner 1956 waren die Gebühren der Gemeinderäte mit 50 Prozent der Entschädigung eines Abgeordneten zum Nationalrat festgesetzt; seit 1. Februar 1956 beträgt jedoch die Aufwandsentschädigung eines Gemeinderates nur mehr 35 Prozent der Entschädigung eines Mitgliedes des Nationalrates. Mit Rücksicht darauf, daß in der Zwischenzeit in anderen Bundesländern für die Landtagsmitglieder günstigere Regelungen geschaffen wurden, als sie derzeit für den Wiener Gemeinderat bestehen, soll mit Wirksamkeit vom 1. Juni 1960 die Funktionsgebühr für Wiener Gemeinderäte wieder mit 50 Prozent der Aufwandsentschädigung eines Mitgliedes des Nationalrates festgesetzt werden. Durch diese Regelung wird die Funktionsgebühr eines Gemeinderates von 3.283 S monatlich auf 4.690 S monatlich erhöht.

Gleichzeitig werden auch die Gebühren der Bezirksvorsteher und der Bezirksvorsteher-Stellvertreter neu geregelt.

Abschließend stellte Stadtrat Sigmund fest, daß entgegen Meldungen in verschiedenen Zeitungen das Dienst Einkommen des Bürgermeisters, der Vizebürgermeister und der Stadträte nicht erhöht wird.

GR. Maller (KLS) vertrat den Standpunkt, daß die Funktionäre solche Gebühren erhalten sollen, damit sie unabhängig sind und jeder Staatsbürger auch ein Mandat ausüben kann. Nach Ansicht seiner Fraktion sei aber die vorgeschlagene Gebührenerhöhung nicht gerechtfertigt, da jeder Funktionär mit den derzeitigen Gebühren das Auslangen finden könne. Lohnbewegungen werden meist mit der Begründung abgelehnt, daß dadurch das Lohn- und Preisgefüge in Bewegung geraten würde.

./.

Der Gemeinderat will sich aber eine solche Erhöhung selbst genehmigen. Dies wird die Öffentlichkeit nicht verstehen. Die Kommunisten sind nicht in der Lage, diesem Vorschlag zuzustimmen.

GR. Dr. Broesigke (FPÖ) erklärte: Solange noch viele berechnete finanzielle Forderungen an unsere Stadt gestellt werden können und in einem Zeitpunkt, da die Stabilität in der politischen Auseinandersetzung groß geschrieben wird, halten wir es für nicht berechtigt, die Gebühren für die Wiener Gemeinderäte zu erhöhen. Aus diesem Grunde werde die FPÖ-Fraktion dieser Vorlage nicht zustimmen.

In seinem Schlußwort verwies Stadtrat Sigmund auf die Leistungen, die ein Gemeinderat zu erfüllen hat, und erklärte: Wenn ein Gemeinderat seine Pflicht erfüllt, dann hat er einen wesentlichen Teil der Tagesstunden, aber auch viele Abendstunden dafür zu verwenden, um überall dort zu helfen und zu raten, wofür er gewählt wurde. Viele Mitglieder des Gemeinderates, die zu dieser Funktion berufen wurden, haben vorher eine außerordentlich vielfältige Ausbildung gehabt, um die vielen Probleme in einer Gemeindeverwaltung richtig behandeln zu können. Ein Vergleich mit den Bezügen der öffentlich Angestellten zeigt, daß die zukünftigen Gebühren eines Gemeinderates etwa den Bezügen eines Amtrates entsprechen, dessen Gehalt je nach Dienstjahren zwischen 4.200 S und 5.870 S liegt. Wenn man die Arbeitsleistung und die Verantwortung eines Gemeinderates richtig würdigt, sind die vorgeschlagenen Gebührensätze durchaus zu vertreten.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Stadtsenates mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ angenommen.

Volkspark am Laaer Berg

GR. Fürstenhofer (SPÖ) referierte über die gärtnerische Neugestaltung des Volksparkes am Laaer Berg. Diese Fläche war Jahrzehnte hindurch ein ehemaliges Abbaugelände einer Ziegelei und lange Zeit verwuchert. Erst die Errichtung des Sommerbades auf dem Laaer Berg hat die Notwendigkeit ergeben, sich auch des Volksparkes am Laaer Berg anzunehmen. Dem Laaer Berg kommt für die Gesundheit der Wiener und insbesondere der Bevölkerung in den engverbauten Stadtteilen Margareten und Favoriten besondere Bedeutung zu. Der Ausbau des Volksparkes soll in vier Jahren

beendet sein. Das Gesamtprojekt erfordert 10,7 Millionen Schilling.

GR. Lauscher (KLS) begrüßte dieses Projekt, mit dem ein lang gehegter Wunsch der Favoritner und Simmeringer in Erfüllung gehen werde. Der Laaer Berg war lange Zeit ein Stiefkind. Er kann aber ein Gesundbrunnen und ideales Erholungsgebiet für die Wiener Bevölkerung sein. Die Umgestaltung des Laaer Berges in einen Volkspark bedeute eines der schönsten Projekte der Gemeindeverwaltung in der Nachkriegszeit. Die kommunistische Fraktion stimme diesem Antrag von ganzem Herzen zu, rege aber gleichzeitig an, die Pläne für die Neugestaltung öffentlich zur Diskussion zu stellen.

Bezirksvorsteher Wrba (SPÖ) erinnert daran, daß 1900, als Favoriten geplant wurde, 4.600 Kinder der Straße ausgeliefert waren. Allerdings gehörten wenigstens der Laaer Berg und die weiten unbebauten Wiesen der Jugend. All das ist heute vorbei. Wir sind daher gezwungen, die wenigen freien Plätze als Erholungsgebiete auszugestalten. Wir können mit Recht sagen, es ist ein gutes Werk, das hier für die Favoritner Kinder, aber auch für die alten Leute geschaffen wird. Der Redner dankte der Gemeindeverwaltung, daß sie den Südrand der Stadt zu einem großen Erholungsgebiet machen wolle.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.

Stadtrat Schwaiger (ÖVP) referierte über einen Antrag, nach dem die Gültigkeit der Fahrtausweise für Kriminalbeamte auf die innerstädtischen Autobuslinien und den Autobusnachtverkehr ausgedehnt wird. Die bisherige Gebühr von 44 Schilling für diese Netzkarte erhöht sich damit auf 66 Schilling. Mit dieser Neuregelung geht ein langgehegter Wunsch der Kriminalbeamten in Erfüllung.

GR. Maller (KLS) kritisiert, daß mit der Erweiterung der Netzkarte eine Preiserhöhung verbunden ist.

Im Schlußwort sagt Stadtrat Schwaiger, daß der Beamte nur 11 Schilling mehr zu zahlen habe, da der Rest von der Polizeidirektion beglichen wird. Im übrigen haben sich alle Beamten für diese Regelung ausgesprochen und sind damit einverstanden.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.

Über die Änderung der Vertragsbedienstetenordnung referiert Stadtrat Sigmund (SPÖ). Es handelt sich dabei im wesentlichen um Zuschüsse, die die Stadt Wien bei Erkrankung zu den Geldleistungen der Sozialversicherungsträger gibt sowie um die Kündigungsmodalitäten. Da es sich durchwegs um Verbesserungen handelt, ersucht der Redner um Annahme seines Antrages.

GR. Maller (KLS) kritisiert, daß die Vorlage zu spät in die Hände des Gemeinderates gelangt sei. Er meint auch, daß die Änderung der Vertragsbedienstetenordnung keineswegs nur Verbesserungen bringe. Der Redner kritisiert einige der neuen Bestimmungen der Vertragsbedienstetenordnung, die er für ungerecht und unsozial hält. Seine Fraktion werde nach einem genauen Studium noch entsprechende Anträge stellen. Im übrigen stimme sie der Vorlage zu.

Stadtrat Sigmund stellt im Schlußwort fest, daß die Verhandlungsgrundlagen nicht mit Absicht so spät zugestellt wurden. Es wurde bis zum letzten Tag verhandelt und man hat sich bemüht, die Vorlage noch in diese Sitzung zu bringen, damit die aus der Vorlage resultierenden Begünstigungen möglichst rasch wirksam werden. Der Referent klärt einige Fragen des GR. Maller auf. Im übrigen werde er weitere Anfragen gerne schriftlich beantworten.

Zur Anfrage des GR. Broesigke, die dieser bei der Neuregelung der Gebühren für Funktionäre gestellt habe, möchte er nachträglich feststellen, daß der Landeshauptmann-Stellvertreter in die Kategorie der Vizebürgermeister gehöre und den gleichen Gehalt wie diese beziehe.

Bei der Abstimmung wurde die Änderung der Vertragsbedienstetenordnung einstimmig angenommen.

Neues Strandbad "Alte Donau"

Stadtrat Koci (SPÖ) referierte sodann einen Antrag betreffend den Neubau des Strandbades "Alte Donau". Er stellte fest, daß es bei den Bädern ähnlich wie bei den Schulen war. Auch sie wurden durch den Krieg schwer in Mitleidenschaft gezogen. Die Gemeinde war daher nicht in der Lage, alle Arbeiten an den städtischen Bädern auf einmal durchzuführen. Millionenbeträge waren für den Wiederaufbau des Gänsehäufels, des Theresienbades, des Amalienbades usw. erforderlich. Nun soll auch die schöne Anlage

des Strandbades "Alte Donau" vollständig neu gestaltet werden. Das Bad wurde 1918 errichtet und damals aus den Beständen aufgelassener Bäder aufgebaut. Die Vorlage sieht einen vollständigen Neubau des Bades vor. Die Kosten werden sich auf 19,9 Millionen Schilling belaufen.

GR. Schreiner (SPÖ) stellt fest, daß es das letzte Sommerbad der Gemeinde Wien ist, das nun nach Kriegsschaden erneuert werden soll. Die Badelust der Wiener war schon zu allen Zeiten groß. Das mag vielleicht an der glücklichen geographischen Lage unserer Stadt liegen. Dieser Badelust wurde von der Verwaltung dieser Stadt schon seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts Rechnung getragen. Leider hat der zweite Weltkrieg auch bei den Bädern schwere Schäden hinterlassen. Am Kriegsende waren 14 Bäder total zerstört, 10 stark beschädigt und 20 wiesen mehr oder minder große Schäden auf. Die Wiener Stadtverwaltung hat sofort nach Kriegsende Hand in Hand mit dem übrigen Wiederaufbau auch mit dem Aufbau der Badeanlagen begonnen. Das Gänsehäufel wurde ausgestaltet und die Kinderfreibäder von 24 auf 31 vermehrt. (Beifall bei der SPÖ). Der schöne Gedanke der Kinderfreibäder wurde in der ganzen Welt anerkannt und nachgeahmt. Seit 1945 hat die Stadtverwaltung für die Behebung der Kriegsschäden an den Bädern, für Neubauten und für Investitionen auf diesem Gebiet insgesamt rund 170 Millionen Schilling aufgewendet. Die Stadtverwaltung hat damit der Erkenntnis Rechnung getragen, daß die Bäder für die hygienischen Verhältnisse, für die körperliche Gesundheit und Ertüchtigung und darüber hinaus für die Erhaltung der Lebenslust und Lebensfreude von großer Bedeutung sind. Seine Fraktion werde daher dem vorliegenden Antrag mit Freude die Zustimmung geben. (Beifall bei der SPÖ).

Stadtrat Koci dankte seinem Vorredner für seine Ausführungen zur Begründung des Antrages und bittet um Zustimmung.

Bei der Abstimmung wurde die Vorlage einstimmig angenommen.
(Schluß des Sitzungsberichtes)

- - -

Der Vorfall im Wohnungsamt

=====

20. Mai (RK) Einige Zeitungen berichteten heute über einen Vorfall im Wohnungsamt, bei dem angeblich eine Frau durch einen Beamten der Rathauswache mißhandelt worden ist. Die "Rathaus-Korrespondenz" veröffentlicht im folgenden die Meldung des Beamten im Wortlaut:

"Meldung auf Grund eigener dienstlicher Wahrnehmungen vom 17. Mai 1960.

Während meines Dienstes am 17. Mai im Wohnungsamt 1, Bartensteingasse 7, wurde ich um 12.45 Uhr in die Auskunftsstelle des Amtes gerufen, die sich in der Rathausstraße 4 befindet. Dort teilte mir der Amtsgehilfe Johann Binder mit, daß die in der Auskunftsstelle anwesende Private Elfriede Ehrschwendtner, wohnhaft 3, Juchgasse 30/34 sich weigere, den Amtsraum zu verlassen, dieser jedoch um 13 Uhr gesperrt werden müsse.

Ich versuchte Frau Ehrschwendtner, die ihr cirka fünf Monate altes Kind bei sich hatte, zum Verlassen des Amtsraumes zu verhalten.

Allen meinen Erklärungen setzte Frau Ehrschwendtner entgegen, daß sie erst dann weggehen werde, wenn sie einen Eintrittschein in das Wohnungsamt erhalte. Auch die Androhung der gewaltsamen Entfernung blieb ohne Erfolg.

Als ich die gewaltsame Entfernung durchzuführen begann, legte Frau Ehrschwendtner das Kind auf die Bank und klammerte sich am Tisch fest. Bei meinem Versuch diese Klammer zu lösen, versuchte Frau Ehrschwendtner mich in die Finger der rechten Hand zu beißen. Ich ließ Frau Ehrschwendtner los und rief Sukkurs herbei. Nach dem Erscheinen des Revierinspektors Leopold Breitschopf und des Oberwachmannes Felix Veegh schien Frau Ehrschwendtner die Zwecklosigkeit ihres Verhaltens einzusehen und entfernte sich, nachdem ihr auch Revierinspektor Breitschopf gütig zugeredet hatte. - Rudolf Gärtner, Rayonsinspektor."

Der Beamte der Wachabteilung hat also nur von einem Recht Gebrauch gemacht, das jedem Privaten zusteht, nämlich vom sogenannten Hausrecht. Er hat es hingegen im Interesse der Frau

absichtlich vermieden - wozu er auf Grund seiner Befugnisse berechtigt gewesen wäre - eine Festnahme auszusprechen. Wäre die Festnahme erfolgt, hätte sich die Frau wegen Widerstands gegen eine Amtsperson vor Gericht verantworten müssen.

Frau Ehrschwendtner hat sich dann unter dem Hinweis mißhandelt worden zu sein, vom Polizeiarzt des Bezirkspolizeikommissariats Innere Stadt untersuchen lassen. Es wurden eine zwei Millimeter kleine Rißquetschwunde an der Oberlippe und blaue Flecken an den Oberarmen festgestellt. Die von der Frau angegebene Schwellung der rechten Wange und Druckschmerzen an verschiedenen Körperstellen konnte der Polizeiarzt nicht wahrnehmen. Nach dem Ergebnis der Untersuchung muß angenommen werden, daß sich die Frau die Verletzungen durch ihr Verhalten selbst zugezogen hat.

Was den Wohnungsfall selbst betrifft, so ist die Familie erst im Oktober 1956 aus Salzburg nach Wien gezogen. Angesichts der Tatsache, daß tausende Wiener Familien nicht berücksichtigt werden konnten, war es auch nicht möglich der Salzburger Familie eine Gemeindewohnung zuzuweisen.

- - -

202.000 Schilling für Sportvereine

=====

20. Mai (RK) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung hat beschlossen, 31 Wiener Sportvereinen aus dem Sportfond Kostenbeiträge zu gewähren. Es handelt sich um einen Gesamtbetrag von 202.000 Schilling, der für den Bau oder die Instandsetzung von Übungsanlagen sowie für den Ankauf von Sportutensilien und die Durchführung des Sportbetriebes Verwendung finden soll. Die zuständigen Verbände erhalten die bewilligten Subventionen zur Weiterleitung an die Vereine und werden die widmungsgemäße Verwendung überwachen.

- - -